



Ursula Groden-Kranich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Brief aus Berlin

Ausgabe 30/2015

Berlin, 25.09.2015

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

neben der Fortsetzung der Haushaltsberatungen war natürlich auch in dieser Woche die Flüchtlingskrise das bestimmende Thema innerhalb und außerhalb der parlamentarischen Sitzungen.

Wir dürfen stolz darauf sein, dass Deutschland – im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern – die immense Herausforderung der Flüchtlingssituation angenommen hat. Schon heute leisten hauptberufliche und ehrenamtliche Helfer Erstaunliches. Wir müssen nun aber dafür sorgen, dass aus dieser akuten Ausnahmesituation nicht „stillschweigend“ ein Dauerzustand gemacht wird. Dies ginge zu Lasten der Länder und Kommunen und würde sehr bald auch den Schutzsuchenden selbst schaden. Am Donnerstag trafen sich die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder zum Flüchtlingsgipfel. Die beschlossenen Maßnahmen, von der Beschleunigung der Asylverfahren und der Beseitigung von Fehlanreizen bis zur Verbesserung der Situation jugendlicher Flüchtlinge, halte ich für sinnvoll und ausgewogen.

Fakt bleibt: Flüchtlingshilfe macht politisch, rechtlich und moralisch nur dann Sinn, wenn sie den Menschen eine dauerhafte Perspektive für ein besseres Leben ermöglicht. Integration in unsere Gesellschaft einerseits und die Bekämpfung der Fluchtursachen andererseits sind daher das Gebot der Stunde, wie auch Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller sehr richtig festgestellt hat.

Aber auch jenseits der Flüchtlingsfrage gab es in dieser Bundestagswoche etliche spannende Themen und Begegnungen für mich. Gleich am Montag diskutierten beim Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu TTIP gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin, dem US-Botschafter Gardner sowie Vertretern der deutschen Wirtschaft zahlreiche

Gäste über die Vorteile und Chancen des transatlantischen Handels. Offen wurden dabei auch die Ängste vieler Menschen vor Absenkungen von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards angesprochen. Für mich als Abgeordnete steht fest, dass es dazu nicht kommen darf. Vielmehr bietet das Abkommen die große Chance, unsere hohen Standards als globalen Maßstab zu etablieren.

Am Mittwoch hatte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zum Dialog über Schulverpflegung eingeladen – ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt und an dem wir gerade auch auf kommunaler Ebene einiges verbessern können. Besonders gefreut hat mich daher auch der gestrige Besuch einer Schülergruppe der Integrierten Gesamtschule Anna Seghers aus Mainz und vor allem die spannende Diskussion zur Situation der kurdischen Bevölkerung, die ich gerne fortsetzen möchte.

Ein sehr schöner Wochenabschluss war meine Teilnahme an den „Tagen der Begegnung“. Unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammer treffen hierbei junge Menschen auf politische und gesellschaftliche Verantwortungsträger zu Gesprächen über Glaube, Werte und Politik. Diese überfraktionelle Initiative habe ich aus voller Überzeugung unterstützt und die Diskussion mit meinen jungen Gesprächspartnern sehr genossen.

Als Kulturtipp empfehle ich Ihnen zum einen, das Rotweinfest in Ingelheim zu besuchen, und am Sonntag treffen Sie mich beim ökumenischen Gottesdienst im Mainzer Dom im Rahmen der 40. Interkulturellen Woche.

Ihre Ursula Groden-Kranich